

AfD und Verfassungsschutz

Kalkül des Laufenlassens

Dieter Stein

Spätestens seit dem Einzug in den Bundestag 2017 war erkennbar, daß Verfassungsschutzämter planen, gegen die AfD vorzugehen. Überdeutlich ist hierbei, daß eigentlich zur politischen Neutralität verpflichtete Behörden unter massivem Druck aus den Medien, vor allem aber der Politik handeln. Die Auswechslung des unbotmäßigen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen im November 2018 machte den Weg endgültig frei, die AfD auch im Bund Zug um Zug ins Visier zu nehmen.

Unter Maaßens Nachfolger Thomas Haldenwang geschah dies auch postwendend, beginnend im Januar 2019 mit der Einordnung der AfD-Jugendorganisation und Höckes „Flügel“ als rechtsextremistisch. Der Verfassungsschutz überschreitet hier seine Kompetenzen und greift rechtswidrig verzerrend in den demokratischen Wettbewerb der Parteien ein.

Die AfD trat explizit als Rechtsstaatspartei an. Sie hat sich den Schutz der Verfassung, der Bewahrung des demokratischen und nationalstaatlichen Fundaments unserer Ordnung auf die Fahnen geschrieben. Es müßte sich damit von selbst verstehen, daß für die AfD insbesondere die juristische Abwehr des ungerechtfertigten Vorwurfs der Verfassungsfeindlichkeit gegen die Partei als Ganzes, ihre Gliederungen und Mitglieder, seit Jahren höchste Priorität besitzt und hierfür alle Kräfte angespannt werden.

Wie Recherchen der JF zeigen, kann von einer Schwerpunktsetzung in dieser Sache aber keine Rede sein. Im Gegenteil: Auf allen Ebenen sind Funktionäre desorientiert, wie die Strategie gegen den Verfassungsschutz aussieht. Es ist unklar, ob sich Landesverbände überhaupt noch gegen Innenministerien wehren sollen. Es findet auch keine zentrale Bündelung der Verfahren von Bund und Ländern bei einer Kanzlei statt. Es werden nicht alle bereitstehenden notwendigen Fachleute aktiviert. Es herrscht Konfusion.

Statt dessen breitet sich in der AfD wie ein schleichendes Gift ein Klima des Fatalismus und Defätismus aus. Führende Köpfe von Fraktion und Partei lassen im Hintergrund achselzuckend erkennen, die Beobachtung der Gesamtpartei durch den Verfassungsschutz sei sowieso nicht mehr abzuwenden.

Aus leidlicher Erfahrung wissen wir, daß ein Kampf gegen den Verfassungsschutz Kräfte kostet und eine Materialschlacht ist. Wer nicht bereit ist, alles daranzusetzen, kann gleich kapitulieren. Die Führung der AfD demoralisiert mit ihrer Haltung nicht nur Zehntausende Sympathisanten und Mitglieder, sie liefert ihre Soldaten, Polizisten,

Selbständigen – potentiell alle Mitglieder – politisch ans Messer. Bei denjenigen, die die Beobachtung durch den Verfassungsschutz mutwillig in Kauf nehmen, ja provozieren, ist nicht nur Verantwortungslosigkeit im Spiel – es ist das Kalkül, damit die Mehrheiten in der Partei endgültig zu verschieben.

Debakel für die FPÖ bei der Wiener Gemeinderatswahl

Geflüchtete im Wartesaal

Andreas Unterberger

Seltsames Ergebnis der Wiener Gemeindewahl: Rot wie Grün bekommen – bei fast gleichviel Wahlberechtigten – deutlich weniger Stimmen als zuletzt, aber mehr Prozente und Mandate. Sie könnten daher weiterregieren, wenn die SPÖ nicht zu den besonders pflegeleichten Linksliberalen wechselt. Einzige Partei mit echten und großen Stimmengewinnen ist die konservativ-christdemokratische Volkspartei, die auf klarem Anti-Migrationskurs fährt. Sie hat freilich Wiener Lokalthemen ignoriert und sich nur auf die Strahlkraft von Sebastian Kurz verlassen.

Sonst hätte sie wohl noch besser reüssiert. Der größte Wahlsieger aber sind die Nichtwähler. Weniger eine Folge von Corona, sondern der Massenflucht weg von der FPÖ. Diese hatte beim letzten Mal über 30 Prozent – diesmal aber nur ein Viertel davon. Und ihr Ex-Chef Strache, der Schuldige am FPÖ-Absturz, ist mit einer eigenen Konkurrenzliste gar an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert. Er ist damit endgültig am Ende. Der starke Nichtwähleranteil ist die einzig gute Nachricht für die Blauen: Die meisten Geflüchteten sitzen im Wartesaal, sind dort also theoretisch wieder abzuholen, der zweitgrößte Teil ist zur ÖVP gegangen und nur recht wenige zur SPÖ – aber immer noch mehr als zu Strache.

Dr. Andreas Unterberger war 14 Jahre Chefredakteur der Presse und der Wiener Zeitung und bloggt unter www.andreas-unterberger.at.

Es ist viel schlimmer

Die destruktive Energie kommt von ganz oben: Zur Wirkung des Appells für freie Debattenräume

Thorsten Hinz

Was kann der „Appell für freie Debattenräume“, den der Journalist Milosz Matuschek und der Schriftsteller und Youtuber Gunnar Kaiser am 1. September ins Netz gestellt haben, unter den gegebenen Umständen bewirken? Löst er einen Meinungsumschwung aus? Bedeutet er den Auftakt für die Revolte zorniger Bürger? Oder handelt es sich nur um ein letztes Aufflackern, um einen Schwanengesang auf die Meinungsfreiheit?

Den Verfassern darf man bescheinigen, kein Blatt vor den Mund genommen zu haben. Ihr Text ist schärfer, präziser, tiefgründiger und umfassender als alle vorangegangenen Appelle und Petitionen mit vergleichbarer Intention. „Absagen, löschen, zensieren: seit einigen Jahren macht sich ein Ungeist breit, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff nimmt und die Grundlage des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergräbt. Der Meinungskorridor wird verengt, Informationsinseln versinken, Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens werden stummgeschaltet und stigmatisiert.“

Das betrifft die Presse, die elektronischen Medien, die Universitäten, die Verlage, Bühnen und andere Institutionen. Die Folgen sind gravierend. Mit dem sich abzeichnenden „Sieg der Gesinnung über rationale Urteilsfähigkeit“ würde „das Fundament der offenen liberalen Gesellschaft“ zerstört. So weit, so richtig. Wo keine Debatten, ja nicht einmal die Benennung von Fakten und Tatsachen mehr möglich sind, geht jeglicher politischer Verstand zugrunde. „Wenn das Denken korrekt sein soll, dann gibt es kein Denken mehr“, sagte der Dramatiker Heiner Müller und bezeichnete die Politische Korrektheit als „neuen Rinderwahnsinn“. Die Bürger degenerieren zum unzurechnungsfähigen Stimmvieh.

Widerspruch beziehungsweise Korrektur verdient jedoch die Forderung nach „genereller Ent-Politisierung und Ent-Ideologisierung der öffentlichen Debatte“. Nein, es geht um die Re-Politisierung der öffentlichen Diskussion durch Ideologie-Entzug! Die Ideologen verhindern den freien Austausch über das Ob und Wie des gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens – über das Politische also –, indem sie ihr alleinseligmachendes Weltbild in Politik zu verwandeln und der Gesellschaft aufzuzwingen versuchen.

Die Liste der Erstunterzeichner ist heterogen. Den Publizisten und Islam-Kenner Hamed Abdel-Samad, den Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski, den Mediziner Sucharit Bhakdi, den Medienwissenschaftler Norbert Bolz, den abgesetzten Chef der Stasi-Gedenkstätte, Hubertus Knabe, die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, den Autor Rainer Meyer, dessen „Don Alphonso“-Kolumnen der letzte positive Grund sind, Welt online anzuklicken, und auch Tübingens grünen Oberbürgermeister Boris Palmer

durfte man erwarten. Der linke Historiker Götz Aly, der in seiner aktiven Zeit opportunistisch agierende SPD-Mann Wolfgang Thierse oder der einschlägige Enthüllungsjournalist Günter Wallraff hingegen überraschen mit ihrer Unterschrift.

Doch was ist der Effekt? Der Initiator Milosz Matuschek, der bis vor kurzem als Kolumnist für die Neue Zürcher Zeitung – die häufig das „neue Westfernsehen“ genannt wird – gearbeitet hatte und nach einem Streit um seine Glosse „Was, wenn am Ende ‘die Covidioten’ recht haben?“, geschäftet wurde, hat eine Zwischenbilanz gezogen. Inzwischen sind rund 17.000 Unterzeichner dem Appell beigetreten, doch viel mehr als ein „erwartbares kleines Rauschen im Blätterwald, das vielleicht noch weitergehen wird, vielleicht auch nicht“, hat sich nicht ergeben.

Damit war ernsthaft auch nicht zu rechnen. Die Medienredakteurin der taz merkte zum Appell an, wer sich öffentlich zu Wort melde, müsse halt auch Kritik ertragen. In einem offenen Debattenraum stehe eben keine „Kanzel, von der aus ein paar wenige predigen“. Das war Zynismus pur, doch repetierte sie lediglich die Kanzlerin, die im November 2019 im Bundestag erklärt hatte, die Meinungsfreiheit sei in der Bundesrepublik gegeben, aber: „All denjenigen, die dauernd behaupten, sie dürften nicht mehr ihre Meinung sagen, muß ich sagen: Wer seine Meinung sagt, auch prononciert, der muß damit leben, daß es Widerspruch gibt. Es gibt keine Meinungsfreiheit zum Nulltarif.“

Man kann nicht behaupten, daß die taz-Frau und die Kanzlerin direkt lügen, aber sie verfälschen die Sachlage und den Konflikt, indem sie ausgerechnet denen, die auf die sich stetig verengenden Meinungskorridore hinweisen, unterstellen, sie wollten Kritik unterbinden. Es verhält sich umgekehrt. Nichts käme ihnen mehr gelegen als kluger Widerspruch, fairer Meinungsstreit, fundierte Kritik. Doch statt Argumente erfahren sie ihren Ausschluß aus der Öffentlichkeit durch den Ausschluß aus dem Medium. Darüber hinaus drohen ihnen die Zerstörung der sozialen Existenz, die gesellschaftliche Ächtung, Angriffe auf ihre psychische und physische Unversehrtheit.

Der Medienwissenschaftler Michael Esders schreibt in dem von den großen Medien beharrlich unterschlagenen Buch „Sprachregime“ („Gewalt steckt in weichen Worten“, JF 31/20) zur Rede der Kanzlerin, ihr „Sprachbild enthält eine unverhohlene Drohung: Wer Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt, muß dafür bezahlen. Die entstehenden Kosten werden sogleich mit einer Banalität verharmlost und heruntergespielt, ergeben sich aber aus dem Subtext: Der ‘Widerspruch’, der nicht selten in Handgreiflichkeiten ausartet und gewalttätig wird, ist der zu zahlende Preis.“

Wenn es also im Appell heißt: „Lautstarke Minderheiten von Aktivisten legen immer häufiger fest, was wie gesagt oder überhaupt zum Thema werden darf“, ist das nur die halbe Wahrheit. Es ist viel schlimmer. Die destruktive Energie kommt auch von ganz oben.

Deshalb läuft die Aufforderung an Veranstalter, Multiplikatoren oder Plattformbetreiber, „dem Druck auf sie standzuhalten und nicht die Lautstarken darüber entscheiden zu lassen, ob eine Veranstaltung stattfindet oder nicht“, ins Leere. Für den vom Staat im Stich gelassenen einzelnen Veranstalter kann Zivilcourage zum Himmelfahrtskommando werden. Und die Plattformen der international agierenden Medienkonzerne sind Instrumente und sogar Akteure des Spieles, das darauf hinausläuft, die Nationalstaaten einem Globalregime zu unterstellen, wobei der Beutewert der europäisch geprägten Staaten besonders groß ist. Der Generalangriff auf die politischen und kulturellen Grundlagen der europäischen Zivilisation spült eine geistige Unterwelt, ein neues Barbaren- und Gangstertum an die Oberfläche, dem ein paar suggestiv aufgeladene Begriffe genügen – Diskriminierung, Rassismus, Islam- und Homophobie, Verschwörungstheorie oder einfach Haß – , um eine niederträchtige Herrschaft auszuüben.

Appelle allein richten dagegen nichts mehr aus.

Appell für freie Debattenräume <https://idw-europe.org>

Rhetorische Allzweckwaffen

Eine ideologiekritische Betrachtung der Begriffe „Islamophobie“ und „Antimuslimischer Rassismus“

Wolfgang Müller

Als Schlagwörter erfreuen sich „Islamophobie“ und „Antimuslimischer Rassismus“ steigender Beliebtheit. Obwohl sie, streng semantisch betrachtet, nur hochprozentigen Nonsens ausdrücken. Beide Bezeichnungen sollten daher bei sprachsensiblen Menschen „Irritationen“ auslösen, meint der Politologe Armin Pfahl-Traughber (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl). Ist doch Islamophobie mit Angst vor dem Islam zu übersetzen, während die, die diesen Neologismus als Vorwurf verwenden, Feindschaft gegen den Islam brandmarken wollen. Und wie steht es mit „Antimuslimischer Rassismus“? Sind Muslime neuerdings eine Rasse?

Wegen ihrer mangelnden „Trennschärfe“ hält Pfahl-Traughber beide Wendungen für ungeeignet, um das Phänomen einer breiten Ablehnung zu erfassen, auf die der per Massenmigration importierte Islam und seine fromme Anhängerschaft vor allem in den mitteleuropäischen und osteuropäischen Gesellschaften immer noch stößt (Zeitschrift für Politik, 2/2020). Sie verdecken sogar, daß sich Islamfeindschaft sehr unterschiedlich artikuliert. Für den Brühler Politologen gilt es daher zu differenzieren zwischen verwerflicher Islamabwehr, die er unter „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) einsortiert, weil sie Muslime abwerte, allein weil sie Menschen seien, und einer begründeten menschenrechtlichen Kritik an dieser

Religionsgemeinschaft, die Frauen und Homosexuelle diskriminiere und für die Judenfeindschaft zur kulturellen Identität gehöre.

Die Schwammigkeit von Kampfvokabeln wie „Islamophobie“ und „Antimuslimischer Rassismus“ resultiere offensichtlich nicht aus dem Unvermögen zur Reflexion, sondern sei beabsichtigt. Als Beispiel für solche strategisch planende Sprachpolitik, die etwa Islamkritik von Frauenrechtlerinnen wie Necla Kelek oder Alice Schwarzer als islamophob oder rassistisch denunziere, um sie mit „Rechtsextremismus“ gleichzusetzen, zieht Pfahl-Traubher den seit 2016 jährlich erscheinenden European Islamophobia Report des Istanbuler Politologen Enes Bayrakli und seines in Salzburg lehrenden Kollegen Farid Hafez heran, letzterer seit 2010 auch Herausgeber eines Jahrbuchs für Islamophobieforschung. Berühmt-berüchtigt als transatlantisch bestens vernetzte „Stimme Erdogans“, ist Hafez, einst aktiv in der Muslimischen Jugend Österreichs und auf den Plan getreten als Lobredner der militanten Muslimbruderschaft, heute im Nebenamt auch Islamische Religion an Wiener Schulen unterrichtend, in den Medien der Alpenrepublik allgegenwärtig.

Enge Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung

Dank dieses fragwürdigen „Renommees“ erhielten er und Bayrakli für ihren Report satte 120.000 Euro an EU-Geldern, ausgezahlt im Rahmen des Brüsseler Programms „Zivilgesellschaftlicher Dialog zwischen EU und der Türkei“. Als organisatorischer Mitherausgeber des im Tarnkleid von Wissenschaft und Forschung daherkommenden Propaganda-Machwerks fungiert SETA, die Denkfabrik „Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Forschung“, deren EU-Beziehungen Bayrakli „koordiniert“ hat. Diese Einrichtung verfüge über enge Kontakte zur türkischen Regierung. Ablesen lasse sich das schon daran, daß frühere Direktoren später hohe Regierungsämter einnehmen konnten. Folglich sei der Report ganz im offiziellen Duktus Ankaras so ausgerichtet, daß er „aufklärerisch-menschenrechtliche Islam- und rationale Religionskritik mit fremdenfeindlich hetzerischer Muslimfeindlichkeit“ in einen Topf werfe.

Diese plumpe Masche werde schon beim ersten Blick auf die Länderstudien Deutschland und Österreich deutlich. Mit buchhalterischem Eifer listet der Report „Gewalttaten gegen Moscheen und Muslime“ sowie angebliche „Herabwürdigungen durch rechtsextreme und rechtspopulistische Politiker“ auf. Um dann „ohne nähere Begründung“ zu „andersdenkenden Muslimen und kritischen Wissenschaftlern“ überzugehen. Dazu zählen für Bayrakli und Hafez die liberale Imamin Seyran Ates, die muslimische Menschenrechtlerin Saida Keller-Messahli, der islamische Theologe Mouhanad Korchide und die fundamentalismuskritische Frankfurter Islamforscherin Susanne Schröter. Außerdem gerät eine Aktion gegen Antisemitismus ins Fadenkreuz der von der EU finanzierten Lakaien Erdogans, weil sich deren Initiatoren erdreistet hätten, die Judenfeindschaft als „arabisch/türkisches bzw. muslimisches Problem“ zu benennen.

Um die Durchschlagskraft ihrer Agitation bei den Multiplikatoren der „Zivilgesellschaft“, in der Politik und in den Leitmedien zu erhöhen, weiten die beiden islamischen Glaubenskrieger und Lippendiener, von denen Hafez zeitweilig auch im österreichischen „Migrationsmanagement“ mitmischte, den Rassismus-Begriff derart uferlos aus, daß bei einem solchen „Rassismus ohne Rasse“ die Kritik von Kulturen wie der des Islam locker als „kulturrassistisch“ diffamiert werden kann. Darin äußere sich ein Kulturrelativismus, der allen Kulturen die gleiche Wertigkeit zuspreche, um das universalistische Menschenrechtsverständnis des Westens für unvereinbar mit dem des Islam zu erklären. Dessen Anspruch, „bedenkliche Gegebenheiten“ in anderen Kulturen, wie die Frauenunterdrückung und die Homophobie in islamischen Staaten, am Maßstab individueller Menschenrechte messen zu wollen, werde daher konsequent als „Menschenrechtsfundamentalismus“ oder schärfer als „Menschenrechtsimperialismus“ negiert. Was auf einen für Pfahl-Traughber unerträglichen „Menschenrechtsrelativismus“ hinauslaufe. Für den hätten sich die von Islamkritikern eingeforderten persönlichen Individualrechte nun einmal der sakrosankten, keinesfalls „täglich auszuhandelnden“ kulturellen Identität unterzuordnen, ganz wie es dem kollektivistischen Menschenbild des Koran entspreche.

Floskeln im Kampf um die kulturelle Hegemonie

Die extrem dehbare Gummifloskel „Antimuslimischer Rassismus“ bewährt sich im Kampf um die kulturelle Hegemonie, der gegenwärtig in multikulturell segmentierten „Einwanderungsstaaten“ ausgetragen wird, als türkisch-islamistische Allzweckwaffe. Deren enthemmter Einsatz im öffentlichen Meinungsstreit Pfahl-Traughber an sich keine Sorgen bereitet, da es in der pluralistischen Praxis des demokratischen Verfassungsstaates für jeden politischen Akteur legitim sei, für seine Auffassungen vom sozialen Zusammenleben Dominanz anzustreben. „Bedenklich“ werde es jedoch, wenn das islamische Hegemoniekonzept die menschenrechtlichen Grundlagen des westlichen Demokratiemodells verneine und sich gegen jede Kritik an seinem totalitaristischen Kern immunisieren wolle, indem die Mandatäre Ankaras Tag und Nacht die Sirenen „Islamophobie“ und „Antiislamischer Rassismus“ aufheulen lassen.